

Rede von Annette Groth, ehemalige Bundestagsabgeordnete der Partei *Die Linke*, am 19. Januar 2025 in Stuttgart, zum Waffenstillstand im Gazastreifen

„Im vergangenen Jahr ist es uns dank unserer politischen Macht gelungen, dieses Abkommen ein ums andere Mal zu verhindern.“

Das sagte der heute morgen zurückgetretene israelische Minister für nationale Sicherheit, Itamar Ben-Gvir, am 14.01.2025 in einem Beitrag auf X/Twitter, und freute sich, dass seine Partei das Zustandekommen eines Waffenstillstandabkommens bei zahlreichen Gelegenheiten immer wieder verhindert habe.

Das Abkommen, das jetzt unterzeichnet wurde, liegt seit Mai 2024 auf dem Tisch. Die Hamas hatte die Vereinbarung akzeptiert, die auch vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen unterstützt worden war. aber Netanjahu und Co haben das Abkommen immer wieder verhindert, wie Ben-Gvir jetzt stolz zugibt. Es lag nicht an der Hamas, wie uns oft erzählt wurde.

Wie viele Tausende von Toten und Verletzte hätte vermieden werden können, wenn der Waffenstillstand bereits vor 8 Monaten beschlossen wäre.

Nadia Zaboura, Medien- und Kommunikationswissenschaftlerin kommentiert am 15.01.2025

„Waffenstillstand. Heute. Under demselben Verhandlungsstand wie im Mai 2024, Stand jetzt. Seitdem: Acht Monate Massentötungen, Vernichtung von Zelle und Stein. (...) Es sind die Menschen, die jetzt frohlocken, nachdem sie alle Ceasefire-Fordernden als antisemitisch verschrien, delegitimierten, dämonisierten. ... Die damit den Antisemitismusbegriff ausgehöhlt und ihn sehenden Auges bis zur Unkenntlichkeit verformt haben. Wer bis heute nicht für Freiheit und Frieden eingestanden ist, wird es auch in den nächsten Tagen, Wochen und Jahren nicht tun. Wird fortgesetztes Unrecht ignorieren, kleinreden, favorisieren, verargumentieren – wie stets ohne Sinn und Verstand und Würde)

Hala Alyan, Klinische Psychologin und Autorin kommentiert am 15.01.2025 das Abkommen so: „In mir gibt es zwei unterschiedliche Emotionen:

Einerseits Erleichterung für all die Babys, die ohne Bombenlärm einschlafen können. Für diejenigen, die ihre Toten begraben oder mit der Trauer um die Verschwundenen beginnen können. Für die Rückkehr von Hilfsgütern, Impfstoffen, Brot, Decken. Für den Wiederaufbau von Krankenhäusern, Häusern und Schulen. Für die Rückkehr zu den elementarsten Dingen des Lebens, die jeder Mensch auf dieser Erde verdient. Dass diejenigen, die sich organisieren, aufklären und protestieren, dies auch weiterhin tun, ohne dass ein aktiver Völkermord stattfindet. Andererseits eine tiefe Abscheu für jeden Einzelnen und jede Entität, die diesen Moment vor zwei, drei, fünfzehn, Monaten hätten einleiten können – und es nicht taten. **Möge eure Mitschuld zur Rechenschaft gezogen werden, sowohl in eurer eigenen Psyche als auch in den Gerichtssälen der Welt. Vertraut darauf, dass wir nicht vergessen und nicht aufhören werden, euch zur Verantwortung zu ziehen.“**

Die Straflosigkeit muss beendet werden!

Gegen diejenigen Soldaten, die sich auf Videos feiern, wie sie Häuser zerstören, Menschen abknallen und andere monströse Verbrechen begehen, müssen Ermittlungen eingeleitet werden, auch im Ausland, wie das kürzlich Brasilien tat. Dort sollte ein israelischer Soldat ver-

haftet werden, den eine belgische Organisation erkannte, die sich auf das Verfolgen von inzwischen 1000 namentlich bekannten Soldaten konzentriert, die Kriegsverbrechen begangen und sie im Netz veröffentlicht haben. Mit Hilfe der israelischen Botschaft wurde der Betreffende aus Brasilien eskortiert.

Jetzt warnt die israelische Regierung ihre Soldaten vor Auslandsreisen, da ihnen wegen Kriegsverbrechen Verhaftung und Anklage droht, so Haaretz am 5.1. 2025!

Auch deutsche PolitikerInnen könnten juristisch für ihre Unterstützung des Völkermords in Gaza zur Rechenschaft gezogen werden. So warnte die UN-Sonderberichterstatterin für Palästina, Francesca Albanese, wenn „Deutschland beschließt, sich an die Seite eines Staates zu stellen, der internationale Verbrechen begeht, dies eine politische Entscheidung ist, aber auch rechtliche Auswirkungen hat“.

Man muss es immer wieder laut sagen, Deutschland ist nach den USA der Staat, der die israelische Regierung trotz der erdrückenden Beweise und der Überzeugung zahlreicher Völkerrechtler, dass es sich in Gaza um Völkermord handelt, immer noch unterstützt.

Ende November sagte Christine Binzel, Professorin für Wirtschaft und Gesellschaft des Nahen Ostens, auf einer außergewöhnlichen Bundespressekonferenz folgendes: **„Die Haftbefehle reihen sich damit ein in die Entscheidungen des Internationalen Gerichtshofs im Fall Südafrika gegen Israel, vorläufige Maßnahmen zu erlassen, um einen plausiblen Völkermord in Gaza zu verhindern. Die Haftbefehle reihen sich auch ein in Analysen und Berichte verschiedener Experten, Ärzte, humanitärer Organisationen und Institutionen. Bereits am 18.10.2023 warnten etwa 800 Wissenschaftler und Experten für Völkerrecht, Konfliktforschung und Genozidforschung vor einem Genozid. Zahlreiche UN-Veröffentlichungen, aber auch unzählige Videos israelischer Soldaten, dokumentieren israelische Völkerrechtsverbrechen. ...Deutschland ist als Vertragsstaat der UN-Völkermordkonvention und des Römischen Statuts rechtlich, historisch, ethisch, und politisch verpflichtet, die in diesen Verträgen geächteten Völkerrechtsverbrechen weder zu begehen noch zu unterstützen oder zu befördern. Dieser Verpflichtung kommt Deutschland seit 14 Monaten nicht nach. Deutschland schaute nicht nur zu – die Bundesregierung unterstützt bis heute Israel politisch, finanziell, militärisch und rechtlich. Deutschland ist zweitgrößter Waffenlieferant nach den USA. Recherchen zeigen, dass deutsche Waffen in Gaza zum Einsatz kommen. Die Bundesregierung ignorierte die genozidalen Äußerungen von israelischen Regierungsmitgliedern und anderen hochrangigen Beamten, obwohl ihnen unmittelbar Taten folgten. Sie ignorierte auch die vielen Warnungen von Experten. Anstatt die IGH-Entscheidung vom Januar dieses Jahres zu respektieren und entsprechend zu handeln, erklärte die Bundesregierung, der gegen Israel erhobene Vorwurf des Völkermords – von Südafrika auf 84 Seiten dargestellt und mit zahlreichen Belegen untermauert – [Zitat] „entbehrt jeder Grundlage“.**

Binzel ruft die Bundesregierung auf, „umgehend Maßnahmen“ zu ergreifen, „die die weitere Vernichtung palästinensischen Lebens durch Israel stoppen. Dazu zählen ein vollständiges Waffenembargo, Sanktionen und die Überprüfung aller diplomatischen, politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zu Israel.“

Schluss mit der Komplizenschaft, sofortiges Aussetzen des EU-Israel Assoziierungsabkommen!

Außenministerin Baerbock und Bundeskanzler Scholz haben immer wieder geleugnet, dass es ein Genozid in Gaza gibt und faselten immer vom Recht auf Selbstverteidigung, ein ausgemachter Blödsinn, den niemand glaubt.

Sogar Mathieu von Rohr, Leiter des *Spiegel*-Auslandsressorts, betonte am 24. November 2024:

„Die Vorstellung, dass es deutsche ‚Staatsräson‘ sei, Israels Spitzenpolitiker zu ‚schützen‘ – und zwar selbst vor Vorwürfen schwerster völkerrechtlicher Vergehen –, ist ein verhängnisvoller Irrweg. Netanyahu wird nicht in Den Haag angeklagt, weil er sein Land verteidigt, wozu er selbstverständlich berechtigt und verpflichtet ist. Er wird angeklagt, weil ihm schwere Verbrechen gegen die Zivilbevölkerung in Gaza zur Last gelegt werden, die mit Selbstverteidigung nichts mehr zu tun haben.“

Jetzt bejubeln sie den Waffenstillstand, heuchlerisch. Sie hätten auch schon lange jegliche Unterstützung stoppen können, wie es viele Organisationen immer wieder forderten.

Ich hoffe auch, dass Baerbock nicht weiter die Lüge von den angeblichen Vergewaltigungen durch die Hamas wiederholt. Kürzlich sagte die israelische Staatsanwältin, dass keine Frau gefunden worden sei, die vergewaltigt worden ist. Alle internationalen Organisationen, die in den letzten 15 Monaten dementsprechende Untersuchungen durchführten, hatten das schon bestätigt. Diese Informationen werden allerdings bei uns nicht weiterverbreitet.

Wenn Frau Baerbock sich hinstellt und beteuert, sie habe mit eigenen Augen ein Video gesehen, dass die Vergewaltigung zeigt, lügt sie entweder oder sie hat eine fake Vergewaltigung gesehen. NACHWEISLICH GAB ES immer wieder sexuelle Misshandlungen und Vergewaltigungen durch israelische Soldaten an palästinensischen Gefangenen.

Statt die Militärhilfe für Israel zu stoppen, hat die deutsche Regierung vor kurzem zwei israelische Menschenrechtsgruppen die Mittel gekürzt, die die israelischen Besatzungspolitik und ihrer völkermörderischen Militärkampagne in Gaza scharf kritisieren.

Zochrot, die eine der beiden betroffenen NGOs, hat es sich zur Aufgabe gemacht, jüdische israelische Bürger und Bürgerinnen über die Ereignisse der palästinensischen Nakba von 1948 aufzuklären und sich für das Rückkehrrecht der palästinensischen Flüchtlinge einzusetzen. Die andere betroffene NGO New Profile konzentriert seine humanitären Bemühungen auf die Antimilitarisierung Israels und bietet Unterstützung für Kriegsdienstverweigernden aus Gewissensgründen, die durch die Verweigerung des obligatorischen Militärdienstes eine Inhaftierung riskieren. Vorher hatte die deutsche Regierung bereits palästinensischen Menschenrechtsorganisationen die Mittel entzogen hatte. Einfach skandalös!

Man kann nur hoffen, dass die Haftbefehle gegen Netanjahu und seinen ehemaligen Verteidigungsminister Joav Galant, die der Internationale Strafgerichtshof im November 2024 ausgestellt haben, vollstreckt werden! Es ist eine Schande und ein großer Schlag gegen das Internationale Völkerrecht, dass bislang 4 EU-Staaten signalisiert haben, Netanjahu nicht zu verhaften, sollte er in ihre Länder kommen. Das sind neben Polen und Ungarn auch Frankreich und Italien. Deutschland hat sich bislang nicht positioniert.

Wie lange der jetzt beschlossene Waffenstillstand hält, bleibt abzuwarten. Immerhin haben 8 israelische Minister in der Knesset gegen dieses Abkommen gestimmt, 24 dafür. Die Waffenruhe soll zunächst für 42 Tage gelten. In der Zeit sollen zunächst 33 der insgesamt 98 ver-

bliebenen Geiseln in der Gewalt der Hamas freigelassen werden. Im Gegenzug dafür sollen israelischen Angaben zufolge Hunderte palästinensische Häftlinge aus israelischen Gefängnissen freikommen, die israelische Armee soll sich auch in den Osten des Gazastreifens zurückziehen, weg von dicht besiedelten Gebieten.

Es scheint, dass Israel noch vor dem Waffenstillstand so viele Palästinenser wie möglich töten will. Seit Mittwoch wurden 120 Menschen getötet, Stand Samstag 11.00. Und letzte Nacht wurden nochmals mindestens 10 Palästinenser durch Bomben getötet!

Anfang Januar forderten Knesset Abgeordnete das Militär auf, in Gaza „alle möglichen Energie-, Lebensmittel- und Wasserquellen zu zerstören“. Das wird „effektiv“ ausgeführt.

Wir alle sind gespannt auf die weitere Entwicklung in Gaza.

Ich hoffe nicht, dass der Plan, der Anfang Oktober enthüllt wurde, Realität wird. Demzufolge sollen Teile des Gazastreifens abgezaunte Lager werden, bewacht und verwaltet von einer privaten Söldnerfirma, die vom israelischen Geschäftsmann Mordechai Kahana geführte US-Firma Global Delivery Company (GDC). „Die Verteilung von Nahrung würde fortan in diesen Lagern stattfinden, zu denen nur Zugang erhält, wer sich von den Söldnern biometrisch erfassen lässt – einschließlich Fingerabdrücken, Gesichtserkennung und Stimmproben. Finanziert würde das Projekt voraussichtlich aus US-Steuergeldern und internationalen Spenden. Zunächst auf den Norden Gazas begrenzt, solle das Konzept der privaten Internierungslager im Anschluss auf das gesamte Gebiet der Küstenenklave ausgeweitet werden.“ Wurde UN-RWA, die extra für palästinensische Flüchtlinge 1949 gegründete UN-Organisation in Israel verboten, um den Weg frei zu machen für absolute Kontrolle der Bevölkerung Gazas durch ein Unternehmen?

Und dann müssen wir sehr genau die Entwicklung in der Westbank verfolgen.

Seit dem 7.10.2023 haben israelische Militärs und Siedler 819 Palestinians getötet, und die Zahl nimmt zu ebenso wie gewaltsame Vertreibung der palästinensischen Bevölkerung von ihrem Land. Siedler werden von Militärs geschützt und brauchen keine Angst vor Verhaftung haben.

Man muss es klar sagen: Einige Politiker träumen von einem Groß-Israel, die Vertreibung und die Bombardierungen vom Libanon und Syrien gehören dazu.

Netanjahu ging es beim Krieg immer um seine persönlichen Interessen, nicht um die Geiseln, nicht um die Zerschlagung der Hamas und schon gar nicht um Frieden.

Ich schließe mit einem bedenkenswerten Zitat der Jewish Voice for Peace am 14.01.2025,

„Die Zerstörung des Gazastreifens ist die Zerstörung der ganzen Welt. Die Zerstörung des Gazastreifens ist eine Zerstörung unserer kollektiven Menschlichkeit. Wir sind alle miteinander verbunden. Und wir werden weiterhin alles tun, was wir können, um diese Katastrophe zu beenden. Unser aller Leben hängt davon ab.“